

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Christian Ragger
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Behindertenorganisationen protestieren gegen die Kürzung der Stelle
des Sonderberaters**

Die Lebenshilfe Österreich erklärte folgendes in einer Aussendung vom 31. Mai 2021:

„Offener Brief an das Sozialministerium

*Behindertenorganisationen protestieren gegen die Kürzung der Stelle des
Sonderberaters betreffend Behindertenangelegenheiten*

*Wien (OTS) - In einem offenen Brief an Sozialminister Dr. Wolfgang Mückstein
bekundeten heute zahlreiche österreichische Behindertenorganisationen ihren Unmut
über die geplante Streichung der Stelle des Sonderberaters für den Bereich
Behinderten-, Versorgungs- und Sozialhilfeangelegenheiten. Dies widerspricht den im
Nationalen Aktionsplan und im Regierungsprogramm angekündigten inklusiven
Maßnahmen und der für deren Umsetzung erforderlichen fachlichen Expertise.*

*Österreich hat sich mit der Unterzeichnung und Ratifizierung der UN-
Behindertenrechtskonvention verpflichtet, Menschenrechte umfassend
sicherzustellen. Menschen mit Behinderungen sind schon jetzt in der österreichischen
Politik stark unterrepräsentiert bis ausgeschlossen. Das hat sich auch im jüngsten
Krisenmanagement im Zusammenhang mit der Pandemie bestätigt. Behindertenpolitik
betrifft viele Lebensbereiche. Daher treten alle unterzeichnenden Organisationen
explizit für den Erhalt der Stelle des Sonderberaters ein und fordern die Etablierung
einer übergreifenden Stelle für Inklusion beim Bundeskanzleramt.*

*Um die Interessen von Menschen mit Behinderung in Österreich umzusetzen und die
notwendigen Schritte in Richtung Inklusion gehen zu können, bedarf es einer Expertise
für die fachliche Koordination der österreichischen Behindertenpolitik. Darin sind sich
die unterzeichnenden Organisationen einig.“*

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210531_OTSO172/offener-brief-an-das-sozialministerium

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den
Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
nachstehende

ANFRAGE

1. Warum wurde die Stelle des Sonderbeauftragten für
Behindertenangelegenheiten gekürzt?
2. Wer übernimmt künftig die Aufgabenbereiche und Kompetenzen dieser Stelle?

RB

3. Wie sollen künftig Behindertenangelegenheiten in Bezug auf Verpflichtungen betreffend die UN-Behindertenkonvention wahrgenommen werden?
4. Wie sollen künftig Behindertenangelegenheiten in Bezug auf die Bestimmungen des Nationalen Aktionsplan wahrgenommen werden?
5. Wie sollen künftig Behindertenangelegenheiten in Bezug auf die im Regierungsprogramm angekündigten inklusiven Maßnahmen wahrgenommen werden?
6. Welche Maßnahmen setzen Sie und Ihr Ministerium, um Menschen mit Behinderungen gebührend in der Politik zu repräsentieren?
7. Welche Stellungnahme geben Sie in Bezug auf die Aussendung und den Protest der Behindertenorganisationen ab?
8. Welche Stellungnahme geben Sie in Bezug auf die Forderung auf die Etablierung einer übergreifenden Stelle für Inklusion beim Bundeskanzleramt ab?
9. Unterstützen Sie diese Forderung?
10. Wenn ja, warum?
11. Wenn nein, warum nicht?

Handwritten signatures:
Zentrum Kopf GSA
Mag. M. Jh

